
Kriege, Flüchtlinge, Menschenrechte, Terror und die Gefahren von rechts als besondere politische Herausforderungen¹

Hajo Funke

Zusammenfassung

Die aus Kriegs- und Terror-Regionen kommenden Flüchtlinge sind in ihrer Mehrheit von einschneidenden Verlusten betroffen und häufig schwer traumatisiert. Sie brauchen eine angemessene Versorgung und Betreuung. Das wird von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen bestritten oder angegriffen. Die Entfesselung von Ressentiment hat zu einer beispiellosen Gewaltwelle beigetragen. Hinzu kommt der Terror des sogenannten IS. Damit sind Demokratie und Rechtsstaat neu zu verantwortungsethischem Krisenmanagement herausgefordert. Es wird angesprochen, wie dies geschehen kann.

1 Einleitung

Nicht länger darf verdrängt werden: Gesellschaft und Politik stehen vor großen Herausforderungen: Es gibt unabsehbare Sicherheitsrisiken durch den sogenannten IS, durch rechte Gewalt und seit der zweitletzten Juliwoche 2016 durch Terrorakte und Anschläge in Deutschland. Es gibt nach wie vor große Schwierigkeiten, die Flüchtlinge angemessen unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren und es gibt nicht absehbare Wahlsentscheidungen einer in Teilen verängstigten und verunsicherten Bevölkerung. Und inzwischen gibt es einen außer Rand und Band geratenen rassistischen rechtsradikalen Rand von Pegida und AfD, der nicht nur Migranten und Migrantinnen bedroht und unsere liberale rechtsstaatliche politische Kultur. Als Politikwissenschaftler versuche ich, die Flüchtlingspolitik

1 Ende Juli 2016 abgeschlossener Text; in ihn gehen Abschnitte ein, die anderswo von mir veröffentlicht sind oder werden (etwa in Funke 2016).

und ihre Wirkung auf gesellschaftliche Prozesse sowie deren Rückwirkungen auf die politischen Entscheidungsträger und die Debatten in der Öffentlichkeit zu beschreiben und zu analysieren. Dabei sind die international und national verabschiedeten und per Gesetz durchgesetzten Normen und Orientierung von Bedeutung. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Einflüsse und Wirkungen ist es wichtig, wie Politik und politische Parteien die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik wahrnehmen, beschreiben, verständlich machen und sich ein Optimum an Legitimität zu verschaffen suchen. Dies ist angesichts der gegebenen Herausforderungen und der verbreiteten Kritik an der Ausrichtung und Effizienz flüchtlingspolitischer Maßnahmen sowie eines gegen jede Flüchtlingspolitik gerichteten rechten Randes an Einstellungen, Orientierungen und Politikangeboten von besonderem Interesse. Dabei sind Rückgriffe auf Studien zu Einstellungen und zur Bewegungs-, Politik- und Parteienforschung unverzichtbar. In den folgenden Abschnitten geht es zunächst um Flüchtlinge, die Kriege – vor allem im Irak und in Syrien – die europäische und deutsche Asylproblematik und die Beunruhigten in Deutschland (I.). Die Gefahren von rechts und eine rassistisch rechtsradikale Polarisierung durch AfD und Pegida werden im zweiten Teil thematisiert (II.) und schließlich werden abschließend Argumente dafür vorgetragen (III.), dass es Demokraten um eine Offensive für ihre Republik gegen die Gefahren von rechts gehen sollte.

2 Kriege, Flüchtlinge, Menschenrechte

2.1 Die flüchten²...

Was wir heute in der Syrien-Katastrophe in Medien und persönlich erleben, ist bedrückend. Es sind Flüchtlinge, die vor Fassbomben und Terror fliehen. Jeder weiß, dass die Flüchtlinge in großer Zahl traumatisiert sind und sich absolut verunsichert sehen müssen, was mit ihnen geschieht, ob sie zusammenbleiben oder getrennt werden, zurück müssen, umverteilt werden, medizinische oder psychologische Hilfe bekommen oder nicht. Einige kurze Ausschnitte aus Begegnungen mit Flüchtlingen mit ihren Helfern am Rande des in Berlin zuständigen *Landesamt für Gesundheit und Soziales* (LAGeSo) möchte ich an den Anfang stellen.

Der freundliche Afghane, der aus Karaj bei Tehran gekommen ist, will nur zurück und fragt warum es so lange dauert, bis er darf. Er wollte zu Verwandten nach Schweden, ist in Dänemark abgefangen worden und gleich 40 Tage ins Gefängnis

2 Sie zeigen – ex negativo – den Bedarf an administrativer und persönlicher Hilfe zur Integration – dem so oft entsprochen wird.

gesperrt worden. Er durfte nur einmal die Woche mit seiner Familie reden. Er will zurück zu seinen Kindern und zu seiner Familie, je eher, desto besser. Auch wenn er nach Afghanistan abgeschoben oder zurückkehren will, gelingt es ihm wieder zurück zur Familie bei Karaj zu kommen. Die 40 Tage haben zugesetzt: Magengeschwüre, Bluthochdruck. Er ist außer sich. Als wir ein wenig hinein hören in dieses Schicksal, bricht er in Tränen aus.

Ich sprach mit einem Vater mit zwei kleinen Kindern aus einem Vorort von Damaskus. Der Junge hatte eine schwere Operation, das Mädchen ist gesund. Der Vater hat einen Steckschuss. Sie sollen zurück nach Hessen, haben aber hier Verwandte, unter anderen eine Schwester. Was tun? Wen kann man um eine Umverteilung bitten oder um einen entsprechenden Härtefallantrag? Wo sind die Papiere über die Operation des Kindes; seine Schwester holt einige Papiere heraus, die ihn zeigen, auch mit den registrierten Kindern. Gibt es die Chance, die Umverteilung durchzusetzen? Warten. Diskussion. Daneben kommen andere mit anderen Problemen. Schließlich eine Kennerin von Caritas, die einen Weg weiß, wenn man Behandlungsbedarf für das kranke Kind nachweisen kann. Die Kinder nutzen ihren Freiraum; sie sind vielleicht fünf und sechs Jahre alt und spielen mit dem, was ihnen in die Hände fällt: ein kleines Absperrsignal. Dann gibt es ein Stück Schokolade, das umkämpft ist. Unsicherheit, ob es eine Lösung gibt.

Zwei Brüder aus dem palästinensischen Lager J aus Syrien, sie sind neu. Der jüngere mit schweren Rückenleiden. Er schleppt sich in das etwa 200 m gelegene Haus M, da wo die Caritas medizinische Hilfe anbietet. – Die Berater werden unterbrochen, von einer Frau, die fragt, weil man sie schlägt, ob es eine Frauenhausunterstützung gibt. Es gibt lange Telefonate, auch nach einer halben Stunde ohne Erfolg. Dazwischen ein weiterer Afghane, der zurück will, aber nicht kann, weil der nächste Termin im LAGeSo erst in drei Wochen ist, fast einen Monat hin. Er will sich beeilen, auch weil er weiß, dass sich die Situation in Afghanistan und im Iran wieder verengen kann und er bestraft wird, wenn er zu spät zurückkehrt. Das Gespräch wird unterbrochen von dem kleinen Jungen, dem das Handy aus der Hand gefallen war und der für den Rest der Familie sorgt und nur kommt, weil er in der Beraterin eine freundliche sichere Beratung erfährt, selbst wenn sie nicht immer zielführend sein kann, weil die Restriktionen, die Bürokratien, die Ansprechpartner nicht da sind oder nicht zuständig. Vielleicht auch, weil niemand zuständig ist für die vielen Fragen die anstehen, nicht zuletzt die, wann man wie zurückkehren kann und die Bürokratien entscheiden müssen, ob sie den Flugpreis dafür zahlen oder nicht.

Heute sind die Abteilungen wieder geändert. Wie kann man jemanden einarbeiten, der vor verschlossenen Türen steht oder ganz woanders hin muss und dort abgewiesen wird und zurückkehrt und wartet. Das Personal ist verheizt, das neue nicht eingearbeitet. Es stockt und man wird abgewiesen, es gibt keine Freundlichkeit; es fehlt an Lotsen. Eine chaotische Erfahrung von Flüchtlingen jenseits ausrei-

chender menschenwürdiger Kommunikation und Umgang und verlässlicher Routine. Ein Tor das sich schließt und öffnet wie das des Schlosses für die furchtbaren Probleme die mit den Menschen kommen. Die Katastrophen die hinter ihnen liegen machen die Menschen apathisch, aufgeregt, verwirrt, resigniert, melancholisch. Sie sehen nur auf, wenn jemand freundlich in die Augen schaut und ihnen zu helfen bereit ist, auch wenn sie das vierte Mal wiederkommen und noch immer keine Hilfe erfolgreich war ...

2.2 Die töten und keinen Frieden schaffen: Das Ausgangsproblem. Die Kriege und Asyl

Diese Flüchtlingssituation ist vor allem, ich muss kaum daran erinnern, die Folge eines gefährlich außer Kontrolle geratenen Bürgerkriegs in Syrien und dem Zerfall des Irak. Die Lage der internationalen Politik ist bedrückend³, schlimmer als in Zeiten des kalten Kriegs und perspektivisch womöglich noch weniger unter Kontrolle als die Kontrollmechanismen im kalten Krieg. Die Staatengemeinschaft hat es nicht geschafft oder sogar ausdrücklich versäumt, sie früh einzuhegen.

Zu dem Versagen der Staatengemeinschaft insbesondere der Vereinigten Staaten gehört, dass im Falle des *Irak* ein Angriffskrieg entfesselt wurde, ohne dass es ein Konzept der Nationenbildung nach dem Konflikt gegeben hätte, sondern eine mehr oder weniger brutale Besatzung, die die Bedingungen für die Entfesselung von Terroreinheiten erst geschaffen hat. Der sogenannte „Islamische Staat“ ist in vielerlei Hinsicht auch ein Resultat des verheerenden Umgangs der amerikanischen Besatzung nach 2003 mit der irakischen Bevölkerung.

3 Am 4. Februar 2016 – beispielsweise – wird uns quasi ohnmächtigen Fernsehzuschauern ein stolzer David Cameron präsentiert, der mit dem UN Generalsekretär mit stolzgeschwellter Brust und freundlichem Ton das Ergebnis der Geberkonferenz von London zur Hilfe für Flüchtlinge bekannt gibt: noch nie sei an einem Tag so viel an Geld, über 7 Milliarden zusammengekommen, besser: versprochen worden. In der gleichen Sekunde sehen wir Bilder in Syrien, die furchtbare Einkesselung von Aleppo und die entsetzliche Flucht von zehntausenden von Menschen in größter Eile und Hast in Richtung der türkischen Grenze, die nur für wenige geöffnet ist. Allein für diesen Tag braucht man einen Teil der sieben 7 Milliarden, um die Not der Flüchtlinge und eine menschenwürdige Perspektive für sie zu organisieren. Eine kafkaeske Gleichzeitigkeit, in der die Politik zur Eindämmung der Krise noch einmal versagt, noch einmal zurückfällt in den Nihilismus absoluter Zerstörung. Und am folgenden Tag erklärt ein sichtlich enttäuschter deutscher Außenminister auf einer Minister-Tagung in Amsterdam, man möge doch die Grenze zur Türkei öffnen und man sehe nun doch – gewiss an die Adresse seines politischen Vertrauten in Moskau, den Außenminister gerichtet –, dass eine militärische Lösung keine Lösung ist.

Selbst der von Bush Junior ebenfalls zuvor entschiedene Krieg gegen *Afghanistan* unter der Herrschaft der Taliban war kurzschlüssig auf die Niederrichtung dieser Gruppe fixiert, statt mit einem Konzept versehen zu sein, dass auf eine Entwicklung von Gesellschaft und Politik in Afghanistan gerichtet gewesen wäre.

Und schließlich *Libyen*: da gab es eine Sicherheitsratsresolution, die die Intervention vor allem der Briten und Franzosen ermöglicht hatte; diese aber hielten sich mit der Macht der Waffen vor Ort nicht mehr an die Grenzen dieser Resolution.

Die Eskalation der Proteste und der Gewalt gegen das autoritäre Assad-Regime wurde eifertig und naiv von der Zulieferung von Freiwilligen und Waffen aus Libyen, nicht zuletzt durch amerikanische Hilfe befeuert. Während des Bürgerkriegs in *Syrien* ist versäumt worden, früh durch die internationale Staatengemeinschaft, repräsentiert im Sicherheitsrat zur Eindämmung des sich entfesselnden Bürgerkriegs beizutragen und etwa der Idee 2012 zu folgen, Waffenstillstände auch unter Hinnahme der Tatsache des Bestehens des Assad-Regimes durchzusetzen. Nun, vier Jahre später sind die Bedingungen enorm verschärft und führen sogar wie im Februar 2016 zu einer Ausdehnung der die Zivilbevölkerung treffenden militärischen Gewalt. Dies trotz der sehr intensiven Versuche des deutschen sowie des US-amerikanischen, französischen und russischen Außenministers und der entsprechenden UN-Organisationen im Wiener Prozess.

Die Entfremdung zwischen Russland und dem Westen hat seinen Preis: es kommt kaum zu vernünftigen Verabredungen auf der Basis einer einhelligen Einschätzung. Hier sind Fehler des Westens zu suchen, mit der Entscheidung der Vereinigten Staaten, in den Irak einzumarschieren, mit der Art und Weise, 2001 in Afghanistan den Krieg zu führen, und mit der Osterweiterung der NATO koste es was es wolle Dominanz zu zeigen und den früheren Gegner zu demütigen.

3 Abwehr. Regression. Rechtspopulismus. Rechtsradikalismus

Von Polarisierung muss gesprochen werden, seit die selbst ernannten „Retter des Abendlandes“ mit ihren aggressiven Demonstrationen und Gewalttaten genau das tun, was sie ihren Feinden vorwerfen: Sie versuchen, die Meinungsfreiheit einzuschränken, vor allem aber: Sie hetzen gegen freiheitliche Werte der Religionsfreiheit oder der Minderheitenrechte und gegen den freiheitlich-liberalen und sozialen Rechtsstaat der Republik, sofern er die Menschenrechte achtet.⁴ Die

4 Zwar war das Krisenmanagement in der Unterbringung einer ungeahnten Zahl von Flüchtlingen vielfach beispielhaft im letzten Sommer. Die Zivilgesellschaft half da aus, wo das Ver-

Entfesselung des Ressentiments – ein Kerngeschäft der Rechtspopulisten in Europa – zeichnete sich auch in Deutschland seit über einem Jahr ab und hat sich – und dies ist die entscheidende Lehre angesichts zu geringen Widerstands in Politik und Öffentlichkeit – selbst radikalisiert. Ein Phänomen, das die Politikwissenschaft zum Rechtspopulismus in Europa von Österreich und Frankreich längst kennt, wo das Zusammengehen von ÖVP und FPÖ in Österreich zur Stärkung der Rechtspopulisten und ähnlich mit Sarkozy in Frankreich geführt hat. Der Gefahr des Spiels mit den Rechtspopulisten sind die Schwesterparteien der CSU in Österreich und Frankreich längst erlegen. Sie haben dazu beigetragen, dass die Rechtspopulisten dort zwischen 20 und 30 % bekommen.⁵ *Rechtspopulismus* definiert sich durch einen Dreischritt, den wir nicht nur in Österreich klassisch beobachten können: (1) Wir sind die Stimme des Volkes, eines Volkes, das wir selbst definieren. (2) Wir führen es an und lösen mit und für das Volk die Probleme. (3) Wir tun dies durch Projektive Aggressivität, entweder auf das Projekt Europa als Ganzes oder nicht zuletzt auf die, die wir als Feinde oder nicht Dazugehörige in unserer Gesellschaft ausgrenzen, abwerten und eigentlich aus dem Land werfen wollen. Die *Alternative für Deutschland* ist im Frühjahr 2013 von wirtschaftsliberalen Professoren um Bernd Lucke und ehemalige Industriebürokraten wie Hans-Olaf Henkel in der Auseinandersetzung um den Euro als Partei rechts der CDU gegründet worden. Der Sturz von Bernd Lucke und seiner Professorenriege auf dem Parteitag von Essen im Sommer 2015 hat diese nach außen moderate Partei mit gestürzt. Die bisherige Spitze ist vom radikalen Flügel um Petry, Gauland und Höcke ent-

waltungsversagen offenkundig war und ist. Aber da wo das Verwaltungsversagen blieb, die Erfassungssysteme nicht elektronisch übertragbar blieben, das BAMF schlecht organisiert war genauso wie das LAGeSo in Berlin, da stieß auch die Zivilgesellschaft von etwa 1 Million Aktiver in Deutschland an ihre Grenzen. Es blieb das Chaos, dem eine zunächst weiterhin chaotische Politik entsprach. Auf der Unterseite dieser zunächst strahlenden Seite wuchs die dunkle Seite von Deutschland wie Anja Reschke in ihrem Buch „Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge“ (vgl. Berlin 2015) schrieb. Im letzten Jahr gab es an die 1 000 Gewaltstraftaten von rechts, vor allem gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte, mit bis heute stetigem Anstieg; begangen von Tatverdächtigen, von denen 2/3 bisher nicht auf fielen wie der Finanzbeamte aus Eschburg, der das Nachbarhaus in Brand setzte, weil es mit irakischen Flüchtlingen belegt werden sollte. Er habe seine Idylle bewahren wollen. Angestachelt vielfach durch Chats und das Internet. Der eigentliche Trigger aber war die so genannte Pegida-Bewegung der patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands.

- 5 Ich beziehe mich darauf: in der Tat, rechtspopulistische Strömungen grassieren in Europa in einem nie gekannten Ausmaß. Sie sind dort besonders verbreitet, wo sie lang etabliert sind, in Österreich, in Frankreich, in den Niederlanden oder in Dänemark. Sie gefährden mit ihrer gegenüber Europa und dem europäischen Projekt aggressiven, zum Teil destruktiven Haltung eben dieses Projekt und die innere Balance, den gesellschaftlichen politischen und kulturellen Ausgleich in den jeweiligen Ländern. Das ist beängstigend und in der Tat bedrohlich (vgl. Rensmann et al. 2011).

machet worden. Vertreter der *Erfurter Resolution* und der *Patriotischen Plattform* bestimmen seither weitgehend das Geschehen der Partei.

Diese Dynamik zum Rechtsradikalismus ist nicht zu verstehen ohne den Vorlauf ihres „natürlichen Verbündeten“, der Pegida-Bewegung, die seit Oktober 2014 Ressentiments gegen Muslime und Flüchtlinge in einer Weise entfesselt hat, dass drei Monate danach die Zahl der Gewalt an Flüchtlingsheimen und Flüchtlingen auf das Doppelte geklettert ist und seither stetig steigt. Die Pegida-Bewegung hatte in schneller Folge alle Mäßigung aufgegeben und den neonazistischen Schatten, der etwa die Ordner in Dresden gestellt hat, zur rassistischen Gewalt veranlasst.

Seit Ende 2014 war mit der schon sprichwörtlichen Äußerung des Chefstrategen Gauland klar, wohin die Reise der Partei gehen soll: „Die Pegida-Bewegung ist der natürliche Verbündete der AfD.“ Schon ein halbes Jahr später war das bürgerlich moderate Gewand der neoliberalen Professorenriege abgestreift. Und die innerparteiliche Macht vollständig in den Händen des radikalen Flügels: der neuen Vorsitzenden Frauke Petry, der mächtigen Schiedskommission, die unter Leitung des baden-württembergischen Anwalts Brett über Ausschlüsse befindet, und der Agitatoren Höcke, Poggendorf und Gauland. Damit waren die Bedingungen für eine rücksichtslose Demagogie gegen Flüchtlinge gelegt, ehe im September 2015 durch die Zuspitzung der Flüchtlingslage in Europa und der phasenweisen Öffnung der Grenzen die Flüchtlinge zum Thema wurden und seither sind. Das ehemalige Mitglied Hans-Olaf Henkel spricht verbittert von einer „NPD light“, zu der die einst von ihm mitgegründete Partei geworden sei. Selten in der Geschichte des Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus ist eine ehemals moderate Rechtspartei im Nachkriegseuropa so schnell in eine rechtsradikale Partei verwandelt worden. Von Demagogie zeugen die radikalen Stellungnahmen der Parteispitze:

So beschwört etwa *Alexander Gauland* (einst Leiter der hessischen Staatskanzlei unter dem CDU Ministerpräsidenten Wallmann) in einer Berliner Rede den *Untergang Roms durch den Ansturm der Barbaren* und meint Deutschland. *Arabisches Flüchtlinge haben hier nichts zu suchen*, so Gauland an anderer Stelle.

Björn Höcke wiederum erklärt in *biologistischer-rassistischer Manier*, wie wir sie aus dem *Nationalsozialismus* kennen, die Dekadenz der Europäer Europas im Vergleich zu den fruchtbaren Afrikanern (Björn Höcke vor dem „Institut für Staatspolitik“ der extrem neuen Rechten unter deren Beifall). Er erklärt öffentlich, dass *der Syrer zwar sein Syrien behält (!)*, aber dadurch, dass er nach Deutschland kommt, die deutsche offenkundig völkische Identität auslösche. Höcke hält die Zuwanderung durch sogenannte Fremde für eine existenzielle Gefährdung Deutschlands, seiner deutschen Identität und ethnischen Homogenität. Migranten und Zuwandernde zerstören seiner Ansicht nach Deutschlands Gesellschaft, seine Demokratie, und das Volk. Sein Gesellschafts- und Politik-Konzept einer organischen Nation ist ein fundamentales Gegenkonzept zum Zustand und Selbst-

verständnis der hiesigen liberal verfassten Demokratie. Es ist – wie das Gegenkonzept der konservativen Revolution gegen die Weimarer Republik – gegen die Berliner Republik gerichtet. Es „erlaubt“ ihm aus einer solchen Perspektive, sowohl gegen die politische Repräsentanz aller „Altparteien“ zu agitieren als auch gegen Asylflüchtlinge und die ethnische Vielfalt der Migration insgesamt. Wenn auch bemäntelt vertritt Höcke in fundamentaler Weise ein extrem rechtes Gedankengut, das ihm eine grenzenlose Kritik an den Verhältnissen und vor allem an dem Sündenbock des Asylflüchtlings bietet.

Frauke Petry schließlich erklärt Ende Januar 2016 dem „Mannheimer Morgen“, dass im Notfall gegen Flüchtlinge an der Grenze *geschossen* werden müsse. *Frau von Storch* dehnt dies im Facebook auf *Frauen und Kinder* aus. Der Parteivorstand weicht angesichts der riesigen Reaktionen der Öffentlichkeit zwar formal, aber nicht in der Sache zurück. Das ist offenkundig Ausdruck einer Strategie der Radikalisierung – einer geplanten Provokation in einer Politik der Mobilisierung von Erregungen und Aggressionen.⁶

Die AfD will eine gegen Zuwanderung und Flüchtlinge gerichtete *ethnisch-reine, völkische Nation* und damit eine *andere Republik*. Sie ist die Partei der Mobilisierung des Ressentiments gegen Flüchtlinge, spricht von Notwehr und Widerstand und fördert damit Gewalt in einer durch die rassistische Bewegung und die gefährliche Steigerung der Gewalt gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte hoch aufgeladenen Situation der Republik.

3.1 AFD und Pegida: Gegen die Invasoren, die den Untergang Deutschlands wollen

Zum zweiten gibt es eine bewegungsbezogene Hass-Entfesselung, wie sie inzwischen durch eine Studie zu Pegida nachgezeichnet worden ist.⁷ Seit Anfang Februar 2016 liegt diese instruktive Studie zu den Anhängern der Pegida-Bewegung im Internet vor. Die Autoren der Studie haben die Kommentare und Interaktio-

6 Marcus Pretzell, der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), hatte schon Monate zuvor Waffengewalt als Ultima Ratio gegen Flüchtlinge vorgeschlagen. Der umstrittene Europaabgeordnete stand schon damals mit dieser Auffassung in seiner Partei nicht allein: Pretzell bekam Rückendeckung von Alexander Gauland, dem Vizechef der Bundespartei. „Ich sehe das ganz genauso“, sagte Gauland dem „Handelsblatt“. „Unsere Grenzen müssen effizient gesichert werden. Alles andere macht keinen Sinn.“ Pretzell hatte am Wochenende erklärt: „Die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio ist eine Selbstverständlichkeit.“

7 Die Studie ist angefertigt worden von Anatol Stefanowitsch und Susanne Flach, nach Hannes Munzinger, Antonie Rietzschel und Hauke Bendt, in der Süddeutschen Zeitung, Magazin vom 04. 02. 2016: Facebook-Auswertung: Das gefährliche Weltbild von Pegida.

nen, die auf der Facebook-Seite der Bewegung im vergangenen Jahr stattgefunden haben, analysiert (In Facebook mobilisieren die Verantwortlichen ihre 200 000 Anhänger). Aus der Analyse der Zufallsauswahl einer Stichprobe von 1 000 Kommentaren ergibt sich nach der Süddeutschen Zeitung, dass die Aussagen über Flüchtlinge, Migranten und Muslime durchgängig auf Ablehnung, Delegitimation und Schuldweisungen abzielen. Dabei dienen die Begriffe Flüchtlinge, Migranten, Muslime oft als Synonyme. Alle werden als Teil einer homogenen, undifferenzierbaren Gruppe dargestellt. Zwar sei die rassistische Hetze nicht als solche sofort erkennbar, vielmehr pflegten die Anhänger von Pegida ihre Rolle als besorgte Bürger.

Flüchtlinge werden als *Opportunisten* dargestellt, die nicht wirklich vor Krieg oder Armut fliehen. Sie seien faul und primitiv. Es handele sich um Kriminelle, darunter Gewalttäter, Vergewaltiger und Betrüger (wie gesagt eine Studie für das Jahr 2015). In anderen Äußerungen würden Flüchtlinge pauschal als eine Gefahr dargestellt, weil sie Invasoren seien oder das Land zerstören wollen.

In diesem Zusammenhang ist häufig von *Islamisierung* (im Sinne einer feindlichen Eroberung durch Invasoren) die Rede. Dass die Menschen verschiedenen Religionsgruppen angehören, wird ignoriert. *Muslime und Flüchtlinge – alles das gleiche, so die Logik von Pegida.* Diese vermeintliche Islamisierung werde von Staaten aus dem arabischen Raum oder nicht näher genannten Mächten betrieben und von deutschen oder europäischen Regierungen und Medien unterstützt. Der Islam wird hierbei in den Kommentaren als gewalttätig, terroraffin und menschenverachtend dargestellt – ein Islam ohne jede Differenzierung. Dabei werde jedes Ereignis genutzt, um das Feindbild zu stützen. Für Pegida-Anhänger ist jeder Flüchtling der Feind, der die Deutschen verdrängt und an deren Vernichtung mitarbeitet. Dies gilt für alle Flüchtlinge und letztlich alle Muslime. Sie werden in der Verzerrung der Pegida-Anhänger alle gleich gemacht. Ihre schiere Anwesenheit wird als feindlich interpretiert, ja führt, folgt man Gauland von der AfD, zum Untergang Deutschlands, weswegen man sich auch gegen sie vorgehen muss – und zwar mit allen Mitteln.

Die Flüchtlinge werden als Gruppe zum *Sündenbock* für alle Ressentiments gemacht.⁸ Die Flüchtlinge sind danach ein *Werkzeug dieser Islamisierung*. Sie sollen die Deutschen verdrängen oder als Kämpfer an deren Vernichtung mitarbeiten.

8 Nach dieser Logik wird es möglich, Angriffe auf Flüchtlinge als Gegenwehr zu werten. Diese Bewegung ist in großen Teilen eine rassistische Islam- und flüchtlingsfeindliche Bewegung, die sich paranoid von einer Invasion fremder feindlicher Mächte gefährdet fühlt und deswegen mit Gegenwehr, ja mit einem Volksaufstand nach ihrer Logik reagieren muss. Sie hatten keinen Grund in Deutschland Zuflucht zu suchen. Ihnen wird vorgeworfen, Teil einer Invasionsmacht zu sein, die Deutschland erobern und islamisieren will.

Die einzige Lösung bestehe in einer Ausweisung aller muslimischen Flüchtlinge. Pegida müsse einen Volksaufstand gegen die etablierte Politik anführen.⁹

Konsequenterweise ist jede *Flüchtlingspolitik Verrat am Volk*, das selbst *völkisch* verstanden wird. Zunehmend wird der Linken, den Grünen und seit September 2015 Merkel und ihrer Regierung unterstellt, aus Naivität oder böser Absicht das Land zerstören zu wollen.

Das Weltbild der Pegida-Anhänger verzerrt die Wirklichkeit und setzt den Flüchtling aus Damaskus mit dem IS-Terroristen in Rakka gleich und ist daher paranoid. Aus der Analyse des Nationalsozialismus und seines paranoiden Antisemitismus wissen wir, dass die Kraft des krankhaft Paranoiden unendlich ist, weil er nur ein Ziel hat, dass die Invasoren, die uns zerstören, ausgeschaltet werden, damit das eigene Volk überlebt. Es ist: Die oder wir. Das „legitimiert“, wenn man an der Macht ist, im Zweifel alles und damit auch tödliche Gewalt. Ist eine solche *Paranoia* im Individuum oder erst recht in einer Bewegung durchgesetzt, gibt es bei den Trägern dieser Bewegung von rechts kein Halten mehr. Hat sie Einfluss und Macht, käme es zur Entfesselung ubiquitärer Gewalt.¹⁰

-
- 9 Damit ist instruktiver als bisher angesprochen, dass nicht nur die Führung rassistisch – wie dies durch die rassistische Sprache Lutz Bachmanns im Internet deutlich wurde, wo er von Flüchtlingen als *Viehzeug* und *Drecksack* spricht – denkt und handelt, sondern auch die Bewegung, wie sie sich im Facebook zeigt.
 - 10 Wie aus einer Anfang Februar veröffentlichten Befragung weiter hervorgeht, würden 4/5 der Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen in Dresden die AfD wählen und 20 Prozent erst gar nicht zur Wahl gehen. Die Verwandlung von Angst in Aggression gegen Schwächere: den Sündenbock. Nach der Studie *Fragile Mitte – Feindselige Zustände* (vgl. Zick und Klein 2014) nehmen mit der Erfahrung, ökonomisch doch nichts ändern zu können und sich abgehängt zu sehen, Einstellungen zu, Wut an Schwächeren auszulassen. Mit der resignativen Hinnahme, dass der Stärkere sich ohnehin durchsetzt, in der Ökonomie wie im gesellschaftlichen Leben, verbinden sich dann Formen einer Identifizierung mit diesen Erfahrungen, im Sinne eines Sozialdarwinismus. Dann heißt es, dass es *wertes und unwertes* Leben gebe und Langzeitarbeitslose selbst Schuld haben. Zu diesen autoritären Reaktionen gehören Aggressionen gegenüber Schwächeren, eben gegenüber den Langzeitarbeitslosen, aber auch gegenüber jenen, die man als nicht zugehörig zur deutschen Nation, zu der man sich bekennt und mit der man sich, gerade weil man selbst sich schwach sieht, identifiziert. – Es fügt sich, dass die politischen Einstellungen der AfD-Sympathisanten *einen erhöhten Chauvinismus und eine stärkere Verharmlosung der NS Zeit aufweisen. Nach jenen, die die NPD präferieren, zeigen sich in der AfD Anhängerschaft die zweithöchsten Zustimmungswerte zu Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.* Auch eine Anti-Europa-Haltung ist deutlicher ausgeprägt als bei anderen (so die Studienergebnisse in einer Mitteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 20. 11. 2014).

3.2 Die AfD-Mobilisierung als Resonanzraum neonazistischer Gewalttäter

Das Besondere der Pegida-Bewegung wie nun auch der AfD ist jedoch, dass *die neonazistische Rechte* mit ihrer Gewaltbereitschaft an die Tür klopft und radikalisiert. Ein Jahr nach der Gründung von Pegida war die Zahl der Gewaltangriffe mit 471 Angriffen auf Flüchtlingsheime schon nach einem dreiviertel Jahr des Jahres 2015 mehr als das Doppelte der Angriffe des letzten Jahres. Mit über 1 000 Angriffen auf Flüchtlinge und Flüchtlingsheime hat sich dieser Trend durch das Jahr 2015 verstetigt und radikalisiert und setzt sich in den ersten Monaten des Jahres 2016 unvermindert fort. In keinem anderen Land Mittel- und Westeuropas, in dem es Rechtspopulismus oder Rechtsradikalismus gibt, sind wir mit diesem gewaltgefährlichen Phänomen auch nur annähernd stark konfrontiert: Im Schatten von Pegida und AfD macht die extreme neonazistische Gewaltrechte mobil wie nie seit den frühen neunziger Jahren. Wo immer Rechtspopulisten auftreten, werden sie von den gewaltbereiten rechten Mischszenen und Neonazis instrumentalisiert, unterlaufen oder gekapert. So in Mecklenburg-Vorpommern, Dresden, Leipzig, Düsseldorf, Magdeburg oder auch in München. Die Mobilisierung des Mobs durch Rechtspopulisten entfesselt gleichzeitig die neonazistischen Gewaltkerne mit. Im Schatten von Pegida konnten sich die Neonazis um die NPD und die noch gefährlicheren kleinen Neugründungen reaktivieren bzw. neu bilden. Die NPD will nicht nur Asylflüchtlinge, sondern 10–15 000 000 Menschen, die nicht ethnisch rein seien, zurückführen. Nirgends ist das Verhältnis von Ideologie und Gewalt so eng wie in den neonazistischen Parteikreisen und ihrem Kameradschafts- und Hooligan-Umfeld. Inzwischen drohen Gefahren eines neuen Rechtsterrors der dazu fähigen neonazistischen kleinen Organisationen wie „Die Rechte“ (so in Bamberg) oder der „Dritte Weg“ (nicht zuletzt aus dem Umfeld des NSU heraus). Der Mordanschlag auf die jetzige Kölner Oberbürgermeisterin Reker vor wenigen Monaten ist Resultat einer monatelangen Aufheizung, die bisher latent gehaltene neonazistisch Sozialisierte erneut zu Gewalt greifen lässt.

BKA-Präsident Holger Münch hat angesichts zunehmender Gewalt gegen Flüchtlinge vor dem Entstehen rechtsextremer Untergrundgruppen nach NSU-Vorbild gewarnt. Die Polizei brauche „schnelle Ermittlungsergebnisse und Urteile, um die Dynamik der rechtsextremen Straftaten zu unterbrechen“, sagte Münch der „Bild am Sonntag“ (vom 17.1.2016). Sonst könnten sich schlimmstenfalls terroristische Strukturen bilden, wie es sie mit der NSU-Gruppe bereits gegeben habe. Von den rund ermittelten 500 Tätern bei Straftaten gegen Asylunterkünfte im vergangenen Jahr seien 70 Prozent vorher nicht wegen politisch motivierter Delikte aufgefallen. Sie seien überwiegend aus der Umgebung der Unterkünfte gekommen. Mit Sorge sehe er zudem die selbst ernannten Bürgerwehren, die Recht

und Gesetz in die eigene Hand nehmen wollten, sagte Münch. Da müsse man genau hinschauen, wer da wie tätig werde. In rechtsextremen Internetforen gebe es seit den Übergriffen auf Frauen an Silvester so viel Kommunikation wie nach dem Anschlag von Paris. „Dort wird zur Notwehr aufgerufen mit dem Ziel, in der Bevölkerung hoffähig zu werden“ (Reuters) – Innerhalb einer dramatisch kurzen Zeit hat sich so ein geradezu klassischer Versuch der AfD, rechtspopulistisch aufzutreten, in Organisation, Personal und Auftreten dynamisch rechts radikalisiert. Die AfD hat keine innere Richtschnur, mit der sie diese Radikalisierung in Partei, Personal wie in der Agitation noch unter Kontrolle bringen kann. Denn der braune Schatten ist auch im Vergleich zu anderen Ländern wie Österreich oder Frankreich sehr viel breiter, insbesondere in den neuen Bundesländern – eben unter jenen, die neonazistisch und gewalttätig sozialisiert in den frühen neunziger Jahren auftrumpften und sich in Gewaltorganisationen befanden wie dem Thüringer Heimatschutz, aus dem letztlich auch die *NSU-Terroristen* entstanden sind (vgl. Funke 2015).

4 Demokratie verteidigen. Flüchtlingen Helfen. Die rechtsradikale AfD stellen und die Sicherheitsmaßnahmen erhöhen

4.1 Demokratie verteidigen¹¹

Die Polarisierung von ganz rechts zielt auf die Republik, ihre Rechtsstaatlichkeit und ihre grundgesetzlich verbrieften Grundrechte, dass alle Menschen gleich sind und gleich behandelt gehören, die Achtung der Menschenrechte, die überall für alle Menschen gültig sind und die es anzuerkennen gilt.¹² Die radikale Rechte will die Eskalation der Spannungen, koste es was es wolle, und riskiert damit die Zerstörung des freiheitlichen sozialen Zusammenhalts in Deutschland.

¹¹ (vgl. auch im Folgenden Brumlik und Funke 2015).

¹² Und d. h. wie sie im Grundgesetz dargelegt sind, nach der nach Art. 3 jedem Menschen die Menschenrechte gleichermaßen garantiert sind, jeder Mensch vor dem Gesetz gleich und im Geschlecht gleichberechtigt ist. Es darf daher niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder wegen seiner Behinderung benachteiligt oder bevorzugt werden. Dazu gehört als internationale wie als nationale Selbstverpflichtung, Menschen, die durch Krieg, Terror und Genozid schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, zu schützen und dafür einzutreten, durch Diplomatie und Interventionen Genozide zu verhindern und für die Eindämmung von Kriegen einzutreten.

Will die deutsche Gesellschaft an den Kernprinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der internationalen wie inneren Sicherung der Menschenrechte festhalten, wird sie gegen die Polarisierung von rechts in die Offensive gehen müssen.

Sie wird um eine liberale Integration gegen die Strategien der autoritären illiberalen Abwehr, ob aus Ungarn oder aus der AfD streiten und sie verteidigen müssen. An der Frage, was unter Integration verstanden werden soll, wird sich entscheiden, ob Länder des westlichen Europas jenen Weg einschlagen werden, für den heute beispielhaft Ungarn (...) steht. Das wäre der Weg eines völkischen Nationalismus, der noch vorgibt, die westlichen Freiheiten und liberalen Errungenschaften oder in der Sprache von Pegida das christliche Abendland zu verteidigen. Aber deren Logik ist auf eine ständige Rücknahme liberaler Spielräume, auf ein Wegrammen des liberalen Rechtsstaats ausgerichtet.

Entgegen oft geäußerter Absichten ist Rechtsradikalismus gerade nicht dazu in der Lage, die durch Immigration entstandenen gesellschaftlichen Spannungen zu mildern, sondern sie bis zu Formen des prognostizierten Bürgerkriegs zu treiben und den Untergang Deutschlands zu assoziieren, wenn wie Gauland auf einer Kundgebung der AfD in Berlin apokalyptisch vom Untergang Roms durch den Ansturm der Barbaren spricht und Deutschland meint. – Bei einer *liberalen Integration* geht es jedoch nicht darum, eine *multikulturelle Gesellschaft* durchzusetzen. Es geht umgekehrt um eine Gesellschaft, die ihrem Wesen nach immer schon multikulturell, weil liberal sein soll und in den verschiedensten kulturellen Alltagspraktiken garantiert sind – im Rahmen der Grenzen, die durch das Grundgesetz vorgegeben sind. Dies eröffnet erst die Möglichkeit, Freiheit und Gleichheit für alle zu erkämpfen,¹³ eine Vorbedingung eines gegen die Exzesse des vielfach korrupten und korrumpierenden *Kasino-Kapitalismus* (Helmut Schmidt) gerichteten *sozialen Projekts*.

4.2 Christliche Impulse

Beide christlichen Kirchen haben in Bayern und insbesondere der bayerische Kardinal Reinhard Marx hat zu einem konstruktiven Umgang mit den Flüchtlingen aufgerufen. In der Flüchtlingsfrage gibt es bereits seit geraumer Zeit Spannungen

13 Gesine Schwan hat in der Sendung von Anne Will gegenüber den nationalkonservativen Traditionen in der CDU ein fundamental anderes Verständnis von Integration angemahnt. Sie hat zu Recht Merkel und CDU Politik noch vor zehn Jahren kritisiert, wo sich Merkel gegen Süßmuth, also auch gegen deren Integrations-Appelle ausgesprochen hat. Altmaier hat recht, wenn er sagt, dass wir (erst) vor zehn Jahren den Hebel umgelegt hätten mit Deutsch- und Integrationskursen oder mit dem Islamdialog vor 10 Jahren. Das ist eine geringe Zeit.

zwischen den beiden Kirchen und der Staatsregierung. Kardinal Marx kritisierte wiederholt die immer restriktivere Politik. Zuletzt forderte er in einem Gottesdienst an Allerheiligen eine „Wende im Kopf“: Man dürfe sich nicht nur dauernd fragen: „Was wird aus uns, wenn wir den Schwachen helfen?“ Vielmehr gehe es darum, was mit den Notleidenden geschehe, wenn man ihnen nicht helfe. Mehrmals hatten sich auch katholische Laiengremien kritisch mit der Politik auseinandergesetzt. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und Kardinal Marx: „Das Willkommen war nicht nur ein Event, dem jetzt der Kater folgt“. Aber von keinem ist die Unterstützung für einen humanen Umgang mit den Asylflüchtlingen nach seinem Besuch von Lampedusa erst recht größer und nachhaltiger als von dem jetzigen Papst Franziskus, der zugleich mit einer Politik der Unterstützung der Schwächeren, einer Abkehr von einer Politik der Spannungen und der Ressourcenverschwendung Ernst macht. Es heißt ja nicht nur: das macht man nicht, sondern auch: das macht man – so gut es geht.

4.3 Verantwortungsethisches Krisenmanagement zum menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen

Statt unbedarfter Stimmungsmache braucht es angesichts der absolut bedrückenden Situation in und um Syrien eines ebenso entschiedenen wie ruhigen und *klugen Krisenmanagements*. Dabei geht es im Inneren um einen fairen Umgang mit den Flüchtlingen genauso wie mit den Anwohnern in den Stadtteilen, die vor neue Herausforderungen gestellt sind – wie dies in hunderten von Situationen auch durch die Hilfe von 100 000 von Flüchtlingshelfern gelingt. Es braucht einen menschenwürdigen Umgang in der Kommunikation, vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen, um eine vernünftige Unterbringung und um schnelle erste Schritte der Integration durch Sprachkurse, aber darüber hinaus auch um Ausbildungs- und Arbeitschancen. Dazu ist eine einige handlungsfähige Exekutive auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene notwendig. Wie gut das funktionieren kann, zeigt die Politik in einer Kette von Best-Practices einer guten administrativen Führung, einer entschlossenen kommunalen Politik und des flexiblen Engagements der Zivilgesellschaft – so um nur einige Beispiele zu nennen im Saarland, in Osnabrück, in Oranienburg oder in Wittenberge. Diese Beispiele zeigen: Das ist die Stunde einer vernünftigen Exekutive, weniger des Parteienstreits und schon gar nicht einer oft hysterisch aufgeladenen Politik und Medienmacht der Maximierung der Verunsicherung. Jedenfalls, wenn man dem Ziel, die Republik zusammen zu halten und die Menschenrechte nicht zu opfern, gerecht werden will. Immerhin sehen das Mehrheiten so. – Ein realistischer Blick auf die ver-

heerende Bürgerkriegs- und Terrorlage im Nahen und mittleren Osten und die Scheiternserfahrungen in Europa zeigt schnell, dass einfache magische Formeln der pistolenbewehrten Grenzschießung allenfalls „unbedarft“ (Münkler über Sloterdijk und Safranski) oder wie im Fall der Seehoferschen „Obergrenze“ und einer vermeinten „Herrschaft des Unrechts“ Reden ohne Wirkung sind. – Will man nicht jeden Rest an menschenrechtlicher Selbstverpflichtung aufgeben, wird man Wege finden müssen, die sich ausweitende Krise so gut wie möglich zu bewältigen. Dazu gehört die massive, bislang ausgebliebene, auch finanzielle Unterstützung der Länder, die als Nachbarn Syriens bisher mehr als 5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen haben. Dazu gehört, Politiken zu unterstützen, die Flüchtlingen in der Nähe ihrer Herkunft eine menschenwürdigere Lage erlauben. Dazu gehört, mit noch größerem Druck die Enklaven wie Madaya oder Aleppo gefangenen Zivilisten überhaupt ansatzweise angemessen zu versorgen.

4.4 Statt Hass Freundlichkeit und beglückende Erfahrungen mit Flüchtlingen

An hunderten großstädtischen ebenso wie mittleren und kleinen Orten sehen wir gleichzeitig das fundamentale Gegenteil zur Beschwörung von Abwehr und Begrenzung:

Drei Beispiele: Dinklage/Niedersachsen. Berlin-Mitte. Wittenberge/Brandenburg.

Zum Beispiel in *Dinklage* in Niedersachsen, wo 40 ehemalige und noch aktive Lehrerinnen und einige Lehrer den vielleicht 160 Flüchtlingen aus Syrien oder dem Iran zuhören und wenn man ihnen noch nicht zuhören kann, helfen, die deutsche Sprache zu erlernen, dezentrale Unterkünfte zu besorgen und regelmäßig Kaffeekränzchen zu bereiten, so dass sich Einheimische und Flüchtlinge austauschen können. Vor allem aber bieten sie Kurse für Analphabeten und Integrationskurse an, unterstützt von einer großen Gruppe engagierter, freundlicher selbstbewusster Einheimischer, die dies als Christen oder aus Menschenpflicht tun. Die Menschen verlieren ihre Angst, selbst die, die aus dem Sindjar-Gebirge noch haben fliehen können. Sie lachen einem zu und es beglückt die, die helfen.

In *Berlin Mitte* organisieren weit mehr als hundert ehrenamtliche und bezahlte Lehrerinnen und Lehrer Sprachkurse für über 1 000 Flüchtlinge, die zugleich entscheidende Schritte für die Integration sind. Sie helfen ihnen, im verschlungenen Labyrinth der Berliner Bürokratie doch zurechtzukommen.

In *Wittenberge* im Nordwesten Brandenburgs gelingt es der Kommune und einer Gruppe Ehrenamtlicher, über 300 Flüchtlinge in übersichtlichen Gemeinschaftsunterkünften und vor allem dezentralen Wohnungen in der Stadt verteilt

unterzubringen, Integrationskurse durchzuführen und Ausbildungs- und Arbeitszüge anzubahnen.

Die Gemeinden und Regionen stemmen die Herausforderung großenteils bis auf außerordentlich kritische Lagen um das Lageso in Berlin oder die bisherigen Prozesse beim BAMF. Nach einer Studie, die von Monitor vorgelegt worden ist, sehen sich gegenwärtig nur wenige Gemeinden völlig überfordert, die große Mehrheit dagegen (noch) nicht. Dies dank der Unterstützung von Millionen Helfern, eine, vielleicht die größte zivilgesellschaftliche Leistung seit 1949. Und dank der demokratisch-menschenrechtlichen Haltung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland.

4.5 Klare Kante. Der Rechtsstaat ist stärker herausgefordert als in frühen neunziger Jahren: vor allem Polizei, Staatsschutz und Justiz

Seit den wütenden Demonstrationen gegen Flüchtlinge in Heidenau bei Dresden im August 2015 und dem Attentat des rechtsextremen Frank S auf die Kandidatin Henriette Reker für das Oberbürgermeisteramt in Köln im Oktober 2015 und der Attentate in der zweitletzten Juliwoche 2016 in Würzburg, Ansbach und München ist der Öffentlichkeit, vor allem aber auch der Politik und den Sicherheitsbehörden klar geworden, dass es vor Ort, also in den Kommunen wie auf Landes- und Bundesebene entschiedeneres Handeln der Sicherheitsbehörden geben muss, um der Gefahr weiterer Hetze und Gewalt zu wehren.

Dazu gehört, die weit verbreiteten Ängste und Sorgen – allerdings ohne Hysterie – ernst zu nehmen und abzubauen.¹⁴ Für jede Demokratie ist es wichtig,

14 Natürlich gilt die Kritik auch der Bundesregierung. Der Bürgerkrieg in Syrien existiert seit knapp fünf Jahren. Spätestens seit 2013 haben Experten (swp) die Radikalisierung durch IS prognostiziert. Im außenpolitischen aber hat sich die Bundesregierung kaum bewegt, um ihren Anteil an der Eindämmung der sich ausdehnenden Bürgerkriege zu versuchen. Die Lage in den Flüchtlingslagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien war so dramatisch, dass der Minister für Zusammenarbeit schon seit längerem gefordert hat, mehr zur Entlastung etwa zur Verbesserung der Wasserversorgung in Flüchtlingslagern zu tun. Er war stolz, im Internet berichten zu können, dass er eineinhalb Millionen Euro dafür zur Verfügung gestellt hat – als Maßnahme zur Bekämpfung der Flüchtlingsursachen. Von strategischer Planung war also wenig zu sehen. Dann kam die Eskalation in und um Ungarn. Angesichts der Politik Ungarns mit seinem Antisemitismus duldenden Haltung und einer schroffen Ablehnung und Einschüchterung der Flüchtlinge war es schwer kalkulierbar, ob es zu einer Eskalation, die außer Kontrolle gerät, kommen würde. In dieser Situation gab es Signale aus der Bundesebene, den Flüchtlingsstrom flexibel zu halten. Womöglich auch, um eine blutige Eskalation zu vermeiden. Dies entlastete das Bild Deutschlands in Europa und der Welt. Aber es war ein Signal für noch mehr Flüchtlinge. Die Politik seither ist darauf bedacht, dieses Si-

Ängste, Verbitterung und Entfremdung von der Politik der Menschen anzusprechen – und Antworten zu finden, ohne Angst zu machen, also gerade nicht mit der Angst Politik zu machen, sondern verstehbare Ängste – eine Art Angst I – aufzugreifen und in rationale Politik umzuwandeln (durch die Sicherung von Kindergartenplätzen, vernünftiger Schule und dergleichen). Politik gerade auch in der Kommune muss den nicht zuletzt sozialen Ängsten Gehör verschaffen und in dem Maße, in dem es kommunaler Politik möglich ist, durch eine sozial gerechtere Politik abgebaut werden. Dies geschieht ebenso mit der Sicherung von Mindestlöhnen wie durch die entschiedene Hilfe für Langzeitarbeitslose oder eine Politik zur Sicherung bezahlbarer Wohnungen. Umgekehrt sollten wir die fremdenfeindliche Aufladung von Ängsten – eine Angst II, die Entfesselung der Ressentiments –, die dann zu den großen Erfolgen von Pegida geführt hat, strikt ohne rechtspopulistischen Opportunismus abweisen. Heute haben wir verglichen mit dem Ende der Weimarer Republik weder eine vergleichbare ökonomische noch eine politische und politisch-kulturelle Krise. Dies verbietet Ähnlichkeiten zwischen heute und der Weimarer Republik zu assoziieren weder für das Jahr 1928, noch für das Jahr 1930, schon gar nicht für das Jahr 1932. Auch die These eines Aufschaukelns von rechts und links entbehrt heute jeder vergleichbaren Grundlage: es gibt keine nennenswerte vergleichbare Gewaltbewegung einer extremen Linken. Das ist unbegründet und verzerrt den Blick auf die Chancen der Lösung der Probleme heute: Immerhin haben wir eine breite parlamentarische Mehrheit, die alles in allem den Kurs von Angela Merkel unterstützt. 94 % wollen, dass Bürgerkriegs- oder Kriegsflüchtlinge geholfen wird und immerhin fast drei Viertel, dass politisch und religiös Verfolgten geholfen wird.¹⁵ Die AfD bleibt noch ein Rand, von dem wir nicht einmal wissen, ob er es in den nächsten Bundestag schafft.

5 Aktive internationale Politik des Realismus zur Kriseneindämmung

Fritz Pleitgen hat im Presseclub der ARD vom 14. Februar 2016 die bisherige Konfrontationspolitik mit Russland angesichts der Kriegskrisen kritisiert. Sie habe sich in einer falschen Sanktionspolitik gegenüber Russland in der Ukraine-Krise

gnal nicht zu zerstören, zugleich aber Schritte der Eindämmung vorzunehmen. So klar es ist, die Hinnahme der Lage in den Krisengebieten zu kritisieren, so schwer fällt es, das Krisenmanagement der letzten drei Monate zu verurteilen. Es sei denn, man mobilisiert wie die Rechtspopulisten gegen die Flüchtlinge, wie das teilweise in der CSU Leitung geschehen ist und treibt damit einen Teil der Bevölkerung in die Arme der sich selber rechtsradikalisierenden Rechtspopulisten.

15 (vgl. ARD-DeutschlandTrend. www.tagesschau.de. Zugegriffen: 03.02.2016).

gezeigt, ohne zugleich selbstkritisch auf die konfliktsteigernde Rolle der Assoziierungspolitik der Europäischen Union gegenüber Ukraine, nicht mit, sondern gegen Russland einzugehen. Botschafter Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, hat zur Sicherheitskonferenz öffentlich sogar von einem Zeitraum von 10–15 Jahren gesprochen, in der die Dinge mit Russland schiefgelaufen seien. Die Außenpolitik der USA unter Bush Junior war gegenüber Russland, wie gegenüber dem Irak mit dem Angriffskrieg 2003 und ebenso hinsichtlich der Ausdehnung der NATO auf osteuropäische Länder über ein langes Jahrzehnt eine Politik der Herabsetzung, Demütigung und nicht des Versuchs von Großmächten, zum Frieden beizutragen. Vermutlich hat Fritz Pleitgen recht: das, was wir jetzt in Syrien erleben, ist auch eine Reaktion auf die Sanktionspolitik des Westens. Zum politischen Schachspiel gehöre, egal wie man diese Politik Russlands finde, solche Reaktionen mit einzukalkulieren und daraus neue Optionen und Möglichkeiten der Kooperation zu finden. Statt sich *nur* noch einmal dazu darüber zu beschweren, wie brutal gegenwärtig die Militärpolitik Russlands in Syrien ist, ohne dass solche Beschwerden auch nur irgendetwas bewirkten. Wenn dem so ist, würde das bedeuten, dass man mehr als bisher zum Abbau des Misstrauens zwischen Russland und den Vereinigten Staaten tut und zugleich die NATO von einer Politik des Säbelrasseln abhält – und sich die Führungen der beiden Weltmächte endlich selbst entschiedener um eine Eindämmung des syrischen Bürgerkriegs bemühen (Wolfgang Ischinger). Es würde eine Überprüfung der bisherigen Beziehungen zugunsten eines Neuanfangs auf gleicher Augenhöhe bedeuten. Dies ist trotz aller beeindruckenden Bemühungen des deutschen Außenministers bisher nicht geschehen. Angesichts der Zerklüftung der Akteure und des Ausmaßes menschlichen Elends muss man, so darf man Fritz Pleitgen verstehen, alles entschieden jetzt tun, um zu einem Ende der Kampfhandlungen zu kommen.

6 Stärkung der demokratischen Kräfte. Mehr Sicherheit und bessere Integration

Die gefährlich anwachsende Gewaltwelle erinnert immer mehr an die frühen Neunzigerjahre. Aber Gesellschaft – sowohl Zivilgesellschaft wie große Bereiche der Wirtschaft –, Politik und Staat sind vergleichsweise demokratischer; große Mehrheiten in der Bevölkerung treten für Bürgerkriegsflüchtlinge ein; Politik und Gesellschaft sind kräftiger und demokratischer als vor einem Vierteljahrhundert, der Herausforderung dieser Flüchtlings-Krise ohne Panik und vor allem ohne Hysterie Herr zu werden. Aber sie sind mehr als zuvor nicht nur durch rechte Gewalttäter, sondern durch Terrorakte, die Deutschland erreicht haben, und eine damit verbundene realistische Angst vor solchen Gewalttaten herausgefordert,

sowohl die Sicherheitsmaßnahmen auszudehnen wie die Anstrengungen zu erhöhen, mehrheitlich traumatisierte Flüchtlinge zu versorgen und zu betreuen. Wird ein entsprechendes Krisenmanagement optimiert, bestehen Chancen zusammen mit gut eingestellten Kommunen, den Ländern und der Zivilgesellschaft, die vorhandene Verunsicherung abzubauen, den fremdenfeindlichen und antimuslimischen Agitatoren den Nährboden zu entziehen und den Aufheizern und Gerüchtemachern entschiedener als bisher Paroli zu bieten. Wenn es zur Ausweitung der Gewalt – sei es von rechts oder durch Terroristen, die den Islam missbrauchen – und zur Entfesselung von Ressentiments und Hass kommt, sind Parteien, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft und die Exekutiven gleichermaßen aufgefordert, *nicht nur einen Aufstand der Anständigen*, sondern auch einen *Aufstand der Zuständigen* für die Sicherung von Demokratie und Rechtsstaat zu organisieren.

Literatur

- Brumlik, M., Funke, H. (2016). Acht Thesen zum 13. März: Demokratie verteidigen. Die rechtsradikale AfD stellen. In *hajofunke.de*.
- Funke, H. (2015). „Staatsaffäre NSU“. Münster: Kontur-Verlag.
- Funke, H. (2016). Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Rensmann, L., Hagemann, S. & Funke, H. (2011). *Autoritarismus und Demokratie*. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Reschke, A. (2015). *Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge*. Berlin: Rowohlt-Verlag.
- Stefanowitsch, A., Flach, S. (2016). Das gefährliche Weltbild von Pegida. In Hannes Munzinger, Antonie Rietzschel & Hauke Bendt (Hrsg.), *Süddeutsche Zeitung*. Magazin vom 04.02.2016.
- Zick, A., Klein, A. (2014). *Fragile Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn: Dietz-Verlag.

Flüchtlinge

Multiperspektivische Zugänge

Ghaderi, C.; Eppenstein, Th. (Hrsg.)

2017, VII, 384 S. 8 Abb., 3 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-15740-1